

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 2. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. November 2009, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Daniel Günther (CDU)

i. V. von Astrid Damerow

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Anita Klahn (FDP)

Christopher Vogt (FDP)

Dr. Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Vorstellung des Staatssekretärs im Finanzministerium, Dr. Olaf Bastian, und der finanzpolitischen Zielsetzungen der neuen Landesregierung	4
2.	a) Bericht des Finanzministeriums über den Haushaltsablauf, Stand: 30. Juni 2009; Neugestaltung der Berichte an den Finanzausschuss	5
	Umdruck 17/7	
	b) Bericht des Finanzministeriums über den Haushaltsablauf, Stand: 30. September 2009	
	Umdruck 17/9	
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Besetzung der Haushaltsstrukturkommission	
	Umdruck 17/19	
3.	Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern nach § 49a Haushaltsgrundsätze-gesetz - Standardisierungsgremium	7
	Vorlage des Finanzministeriums	
	Umdruck 17/5	
4.	Aufteilung der in der 17. Wahlperiode zu veranschlagenden Fraktionsmittel	8
	Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW	
	Umdruck 17/11	
	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
	Umdruck 17/18	
5.	Wahl der Mitglieder des Unterausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes gemäß § 10 Abs. 2 GeschO	10
6.	Terminplanung	11
	Umdruck 17/4	
7.	Information/Kennntnisnahme	12
	Umdruck 17/2 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal 2009	
	Umdruck 17/6 - Jahresbericht 2008 Personalkosteneinsparkonzept 2010	
	Umdruck 17/10 - Mehrausgaben Einzelplan 01	
8.	Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vorstellung des Staatssekretärs im Finanzministerium, Dr. Olaf Bastian,
und der finanzpolitischen Zielsetzungen der neuen Landesregierung**

Nach einer kurzen Vorstellung seiner Person nennt Staatssekretär Dr. Bastian die finanzpolitischen Ziele der Landesregierung, die sich im Rahmen des Koalitionsvertrages und der Verfassung bewegen: Die Landesregierung werde einen Konsolidierungspfad beschreiten, um die Vorgaben der Nullverschuldung und eines ausgeglichenen Haushalts bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Mit dem Bund liefen bereits Sondierungsgespräche über den Abschluss einer Vereinbarung, nach der dem Land eine Konsolidierungshilfe von 80 Millionen € jährlich zufließe.

Das im Koalitionsvertrag verankerte, ehrgeizige Ziel, 10 % des Personalbestandes bis 2020 abzubauen, solle durch ein beim Finanzministerium angesiedeltes zentrales Personalmanagement erreicht werden. Fördermaßnahmen des Landes sollten deutlich reduziert, neue Aufgaben nur bei gleichzeitigem Verzicht auf alte Aufgaben finanziert und Steuermehreinnahmen zuerst zur Tilgung von Altschulden verwendet werden. Außerdem wolle die Koalition eine Haushaltsstrukturkommission einrichten. Der Ministerpräsident werde in seiner am 18. November 2009 geplanten Regierungserklärung konkretere Ausführungen machen, denen er jetzt nicht vorgreifen werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**a) Bericht des Finanzministeriums über den Haushaltsablauf, Stand:
30. Juni 2009; Neugestaltung der Berichte an den Finanzausschuss**

Umdruck 17/7

**b) Bericht des Finanzministeriums über den Haushaltsablauf, Stand:
30. September 2009**

Umdruck 17/9

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Besetzung der Haushaltsstrukturkommission

Umdruck 17/19

St Dr. Bastian führt kurz in die Berichte über den Haushaltsablauf, Umdrucke 17/7 und 17/9, ein.

Abg. Herdejürgen möchte sichergestellt wissen, dass das Finanzministerium auch in Zukunft Nachfragen zum Haushaltsvollzug, auf die der Bericht keine Antwort gebe, vom Ministerium beantwortet würden.

St Dr. Bastian sagt dies zu und regt an, dass der Finanzminister in einer der nächsten Sitzungen das neue Schema des Berichts zum Haushaltsvollzug erläutere. Eine Frage von Abg. Heinold beantwortet er dahin, man habe die Umsetzung des Personalreduzierungskonzepts dargestellt. Daneben sei im laufenden Haushaltsjahr die Stellenvermehrung im Lehrerbereich eine Ursache für die erhöhten Personalkosten.

Abg. Heinold bittet das Finanzministerium, dem Finanzausschuss wie in den Vorjahren eine mit dem Rechnungshof abgestimmte Übersicht über Zahl und Abbau von Stellen in den unterschiedlichen Bereichen zuzuleiten. Sodann bringt sie den als Tischvorlage eingereichten Antrag Umdruck 17/19 ein, an der im Koalitionsvertrag von CDU und FDP vereinbarten Haushaltsstrukturkommission unter Federführung des Finanzministeriums alle Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu beteiligen. Wenn der Landtag gemeinsam die Schuldenbremse umsetzen wolle und der Landesrechnungshof, der ja dem gesamten Parlament zur Seite stehe, um die Haushaltsführung der Regierung zu kontrollieren, in die Arbeit der Kom-

mission eingebunden sei, sollten auch alle Fraktionen des Landtages in der Haushaltsstrukturkommission mitwirken.

Abg. Koch weist darauf hin, dass der Koalitionsvertrag die Zusammenarbeit der regierungstragenden Fraktionen regele, und stellt dar, dass der Rechnungshof nicht Mitglied der Kommission sei, sondern um Ratschläge gebeten werde, die allen Fraktionen offenstünden.

Abg. Loedige macht darauf aufmerksam, dass es sich um das Handeln der regierenden Mehrheit handele, und sagt zu, die Opposition über die Beratungsergebnisse zu unterrichten.

Abg. Harms erwartet, dass die Oppositionsfraktionen vom Landesrechnungshof zeitnah über seine Ratschläge und den Beratungsstand der Kommission unterrichtet würden.

Abg. Heinold geht davon aus, dass alle Unterlagen des Landesrechnungshofs, die für die Kommission erstellt würden, auch an die Opposition gingen.

Abg. Herdejürgen weist auf die Aufgabentrennung zwischen Regierung und Opposition hin. Ihr Informationsbedürfnis sei befriedigt, wenn der Landesrechnungshof die Opposition mit den Unterlagen aus den Kommissionsberatungen versorge.

P Dr. Altmann stellt klar, dass eine Beteiligung des Landesrechnungshofs an der Haushaltsstrukturkommission nicht vorgesehen sei. Es sei nicht Aufgabe des Landesrechnungshofs, als Herold einer Strukturkommission oder Vermittler zwischen Koalition und Opposition zu fungieren. Der Rechnungshof werde keine Papiere und Beratungsergebnisse der Kommission der Öffentlichkeit oder anderen Fraktionen zur Verfügung stellen. Der Rechnungshof stehe jedem Abgeordneten, jeder Fraktion und der Landesregierung wie bisher zur Beratung zur Verfügung.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 17/19 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der SPD und der LINKEN abgelehnt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern nach
§ 49a Haushaltsgrundsätzegesetz - Standardisierungsgremium**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 17/5

St Dr. Bastian erläutert, mit der Verwaltungsvereinbarung solle eine einheitliche Verfahrens- und Datengrundlage für Kameralistik, Doppik und Produkthaushalte sichergestellt werden.

Der Finanzausschuss nimmt die Vorlage des Finanzministeriums zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Aufteilung der in der 17. Wahlperiode zu veranschlagenden Fraktionsmittel

Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
Umdruck 17/11

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Umdruck 17/18

Abg. Schippels bringt den als Tischvorlage eingereichten Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Aufteilung der Fraktionsmittel ein, Umdruck 17/18. Der von den anderen Fraktionen vorgelegte Vorschlag (Umdruck 17/11) führe zu jährlichen Mehrkosten von über 1 Million €, was angesichts der Haushaltslage des Landes unverantwortlich sei. Mit der Kürzung um 25 % wolle man ein Signal setzen. Schließlich verursache auch die Einsetzung von zwei zusätzlichen Landtagsvizepräsidentinnen Mehrkosten von 120.000 € jährlich. Auch die Spreizung zwischen kleinen und großen Fraktionen sei im Vergleich zu anderen Bundesländern, zum Beispiel Hessen, unverhältnismäßig hoch und solle verringert werden.

Abg. Weber erklärt, hinsichtlich der Spreizung orientiere man sich an der Systematik der 15. Wahlperiode, nachdem man den kleinen Oppositionsfraktionen in der letzten Wahlperiode der Großen Koalition eine erhöhte Ausstattung zugebilligt habe. Die Mehrkosten seien erforderlich, um die Arbeitsfähigkeit der Fraktionen sicherzustellen, schließlich gebe es eine Fraktion und 26 Abgeordnete mehr im Parlament.

Auch Abg. Koch argumentiert mit der Vergrößerung des Landtags. Während die Anzahl der Abgeordneten um 38 % gestiegen sei, erhöhten sich die Fraktionsmittel in der Summe um 28 %. Die Mittelaufteilung spiegele das Wahlergebnis wider - CDU und SPD bekämen weniger als in der 16. Legislaturperiode - und sei ausgewogen. Die CDU-Fraktion habe siebenmal mehr Abgeordnete als die Fraktion DIE LINKE und erhalte knapp dreimal so viel Fraktionsmittel.

Abg. Loedige begründet die Mehrkosten ebenfalls mit der Zunahme der Zahl der Abgeordneten und der Fraktionen. Die Koalition habe sich vorgenommen, das Wahlgesetz so zu ändern, dass der Landtag der 18. Wahlperiode kleiner werde und damit Kosten gespart würden.

Abg. Harms äußert, entscheidend sei, dass die Arbeitsfähigkeit aller Fraktionen und Abgeordneten gewährleistet sei. Es sei logisch, dass mehr Abgeordnete und Fraktionen zu Mehrkosten führten. Die Spreizung zwischen kleinen und großen Fraktionen sei aus Sicht der SSW-Fraktion durchaus in Ordnung.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE wird der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Umdruck 17/18 abgelehnt; mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird der Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur Aufteilung der in der 17. Wahlperiode zu veranschlagenden Fraktionsmittel, Umdruck 17/11, angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Wahl der Mitglieder des Unterausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes gemäß § 10 Abs. 2 GeschO

Sodann wählt der Finanzausschuss folgende Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Unterausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes gemäß § 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung:

Mitglieder: Abg. Sönnichsen (Vorsitzender), Abg. Koch, Abg. Herdejürgen, Abg. Loedige, Abg. Heinold, Abg. Schippels und Abg. Harms

Stellv. Mitglieder: Abg. Damerow, Abg. Kumbartzky, Abg. Dr. Habeck, Abg. Prante, Abg. Spoorendonk. Das stellvertretende Mitglied der SPD-Fraktion wird nachnominiert.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Terminplanung

Umdruck 17/4

Der Terminplan des Vorsitzenden für das erste Halbjahr 2010, Umdruck 17/4, wird gebilligt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 17/2 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal 2009

Umdruck 17/6 - Jahresbericht 2008 Personalkosteneinsparkonzept 2010

Umdruck 17/10 - Mehrausgaben Einzelplan 01

Betreffend Umdruck 17/6 - Personalkosten - fordert P Dr. Altmann, von der Personalkostenrücklage des Bildungsministeriums eine Summe von 5,8 Millionen € unverzüglich in Abgang zu stellen. Gemäß Haushaltsführungserlass und Beschlussfassung des Finanzausschusses dürften aus umgesetzten Besoldungs- und Tariferhöhungsmitteln keine Rücklagen gebildet werden. Außerdem bekräftigt er die Auffassung des Rechnungshofs, dass Konzeption und Umsetzung des letzten Personalkosteneinsparkonzepts erhebliche Mängel aufwiesen. So seien die Personalbudgets zu großzügig, Einsparvorgaben hingegen deutlich zu gering bemessen worden. Ausgliederte Bereiche seien nicht ausreichend oder überhaupt nicht einbezogen worden. Erneut seien Rücklagen in Millionenhöhe gebildet worden. Die Arbeitszeiterhöhung der Beamten sei nicht konsequent zur Stelleneinsparung genutzt worden. Der Rechnungshofpräsident wiederholt seine Forderung, das Beschäftigungsvolumen als zusätzliche Steuerungsgröße in den Haushalt einzuführen. Dies gelte insbesondere vor dem Hintergrund der Zielsetzung, 10 % des Personalbestandes des Landes einzusparen. Der Rechnungshof werde den Prozess unterstützen.

St Dr. Bastian sagt eine schriftliche Stellungnahme zur Rücklagenbildung zu. Anregungen des Rechnungshofs zur Umsetzung des Personalreduzierungskonzepts nehme man auf. Es gehe um den Dreiklang Arbeitszeitvolumen, Personalkosten und Stellenpläne. Das Finanzministerium werde ein Haushaltskonsolidierungskonzept erarbeiten, das den Aspekt des Personalabbaus besonders hervorhebe, und den Finanzausschuss auf dem Laufenden halten.

Der Ausschuss nimmt die drei Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Am 10. Dezember 2009 findet die Finanzausschusssitzung im Landesrechnungshof statt. Im Anschluss wird die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung die Jahresrechnung 2007 des Landesrechnungshofs prüfen.

- b) Die Fraktionen werden gebeten, die Namen der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die Zugang zu nicht öffentlichen Ausschusssitzungen und internen Umdrucken erhalten sollen, gegenüber dem Landtagspräsidenten zu benennen.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer